

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 69 (1990)
Heft: 7-8

Artikel: Presse ohne Einfluss auf die Meinungsbildung
Autor: Burkhalter, Stephan / Moretto, Mauro
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340851>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Presse ohne Einfluss auf die Meinungsbildung

Vielfalt der Pressetitel statt Vielfalt in der Presse. Auf der Strecke bleibt ihre Meinungsbildungsfunktion. Zu diesem Schluss kommt eine Studie*, die am Beispiel der Berichterstattung der Deutschschweizer Zeitungen den Einfluss der Presse auf die Enttabuisierung der Armee als Thema untersucht.

Von Stephan Burkhalter und Mauro Moretto

Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben innerhalb von zwei Jahren zwei Militärinitiativen abgelehnt, beide Male aber mit überraschend hohem Stimmenanteil gegen das Militär: 40,6 Prozent waren es 1987 beim Rüstungsreferendum und 35,6 Prozent bei der GSoA-Initiative letztes Jahr. Daher ist die Frage berechtigt: Sind die Schweizerinnen und Schweizer armeekritischer als landauf, landab angenommen, oder von "linken" Journalistinnen und Journalisten manipuliert, wie Bürgerliche behaupten? Eine Untersuchung am Medienwissenschaftlichen Seminar der Universität Bern* hat die Berichterstattungen von zehn Deutschschweizer Zeitungen auf diese Frage hin unter die Lupe genommen. Die wichtigste Erkenntnis sei gleich vorweggenommen: Die Deutschschweizer Presse hat die Abstimmungsergebnisse nicht beeinflusst. Der hier gepflegte Journalismus ist zu schwach, als ihm eine meinungsbildende Wirkung zugesprochen werden könnte. Von "linken" Journalistinnen und Journalisten kann schon gar nicht die Rede sein.

Reaktiver und fragmentarischer Journalismus

Eine Gesamtbeurteilung der Analyse ergibt, dass die untersuchte Presse die

Politik als eine Daseinsform darstellt, die keine wirklich überraschende Wendungen und Neuigkeiten hervorzubringen vermag. Der Anlass zu einem Artikel reduziert sich meist auf die tagespolitische Aktualität, auf den offiziellen Terminkalender der Volksinitiativen, dem die Berichterstattung getreulich folgt. Die Abstimmung als Klimax löst eine Lawine von Artikeln aus, auf die ein paar Tage später wieder Friedhofsruhe folgt, als wäre nichts geschehen. Eine Kontinuität im Sinne einer Erörterung eines Themas über längere Zeit hinweg liefert die Presse nicht.

Gerade der Fall Elisabeth Kopp zeigte, wie beliebig Journalistinnen und Journalisten ihre Medienagenda bestimmen lassen. Die Enthüllungen um die Ex-Bundesrätin im November 1988 verdrängten die zur gleichen Zeit im Parlament behandelte GSoA-Initiative immer mehr aus den Zeitungsspalten.

Ein anderes Beispiel, wie beliebig informiert wird, zeigte - stellvertretend für andere - das Luzerner "Vaterland" am 13. September 1986: Während für das Zustandekommen der GSoA-Initiative zwölf Zeilen genügten, berichtete die Zeitung am gleichen Tag ausführlich über die Neueinkleidung der Armee. Auch an den folgenden Tagen wurde das Versäumnis nicht nachgeholt. Verallgemeinernd lässt sich feststellen, dass sich die Zeitun-

*Stephan Burkhalter und Mauro Moretto, Das Rüstungsreferendum und die Initiative für eine Schweiz ohne Armee in der Deutschschweizer Presse: Ein Vergleich; Inhalt, Form und Kontext der Berichterstattung über das Thema Militär an zwei Fallbeispielen, Bern 1989. Zu beziehen bei den Autoren, Telefon 031 - 24'09'76.

gen zwar einer auffällig umfangreichen Militärberichterstattung befehligen, es aber unterlassen, Zusammenhänge zu aktuellen Initiativen herzustellen.

Der politische Alltag erscheint so in der Berichterstattung fragmentarisch und zusammenhanglos. Damit stellt sich die Frage, ob staatskundlich durchschnittlich bewanderte Bürgerinnen und Bürger sich in einer Welt von punktuellen Vorkommnissen - wie Lancierung, Einreichung einer Initiative auf der Bundeskanzlei, namentliche Parlamentsabstimmung usw. - zu rechtfinden und gar zu einer eigenen militärpolitischen Meinung gelangen können.

SP-Argumente instrumentalisiert

Zum reaktiven Journalismus gehört, dass sich die Berichtersteller auf die Verlautbarungen stützen, ohne sie darüber hinaus zu verarbeiten. Politik erscheint so als "hohe Politik" von mehrheitlich wenigen, mächtigen Personen. Dieser personalisierte Verlautbarungsjournalismus wird heute mehrheitlich angewandt, um die eigenen Meinungen durch das Zitieren von Politikerinnen oder Politikern zu verbreiten. Der Nachteil dieser Arbeitsweise ist, dass Voraussetzungen und Motive des Verhaltens der politischen Akteure im dunkeln bleiben.

Die Mehrzahl der Zitate lieferten in den untersuchten Artikeln SP-Leute. Es ist aber ein Trugschluss zu glauben, dass beim Rüstungsreferendum und bei der GSoA-Initiative SP-Argumente bevorzugt wurden. Die Studie zeigt, dass das quantitative Übergewicht von SP-Zitaten durch eine journalistisch positive Bewertung von bürgerlichen Argumenten in den Hintergrund tritt. Gesamthaft beurteilte die Presse die beiden Initiativen nega-

tiv. Einer formalen Ausgewogenheit halber dokumentierten die SP-Zitate in der bürgerlich-liberalen Presse meist nur die Gegenposition.

Einheitsbrei

Bekanntlich war dem SP-Rüstungsreferendum unterstellt worden, es sei eine verkappte Abschaffungsinitiative. Eine Hypothese ging davon aus, dass die Zeitungen die beiden Initiativen mit der gleichen undifferenzierten Argumentation behandelten. Obwohl diese Annahme keine Bestätigung fand, heisst dies noch lange nicht, dass die Berichterstattungen tatsächlich differenziert waren. Einheitsbrei, aber nicht überall der gleiche Brei. Von 42 aus verschiedensten Quellen zusammengetragenen Argumentenkategorien wurden nur wenige, diese dafür aber um so monotoner, verwendet. Die Tatsache, dass eine Kategorie pro Zeitung durchschnittlich nur 1,4 Mal auftauchte, widerspiegelt die eindimensionale, stereotype politische Berichterstattung und die unzulängliche Strukturierung des heiklen Themas Militär.

Bedenklich wird der Befund der politischen Eindimensionalität, wenn berücksichtigt wird, dass Zeitungskommentare oft die Argumente des nebenstehenden Berichts reproduzieren.

Stimmvolk und Presse

Ein Vergleich der Entscheidungsmotive der Stimmbürgerschaft beim Rüstungsreferendum und der in der Presse angeführten Argumentation stützt das bisher Gesagte. Die von der Vox-Analyse ermittelten Motivationen der Befürworter der Initiative deckten sich weitgehend mit den Pro-Argumenten in der Presse, trotz der oben erwähnten Instrumentalisierung. Ein enger

zu schnallender Gürtel beim Militär und grössere Mitsprache des Volkes waren die wichtigsten Argumente für das Referendum.

Die wichtigsten Motivationen der Gegnerinnen und Gegner deckten sich dagegen nicht mit den Argumenten, die die Presse am stärksten betonte. Bei ihnen stand der von der Presse wenig thematisierte Zweifel im Vordergrund, ob das Volk überhaupt fähig sei, Entscheidungen im Militärbereich mitzutragen - wieder einmal zweifelte der Souverän an seinen eigenen Fähigkeiten. Das Vertrauen in Parlament und Behörden als Hauptmotiv von 15 Prozent der Gegner fand in der Presse ebenfalls kein entsprechendes Gegenstück.

Chance für neue Militärinitiativen

Ein solches Vertrauen, das das Volk dem Parlament und vor allem den Behörden vor drei Jahren noch schenkte, haben diese nach den Ereignissen der letzten Zeit verspielt. Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht des Erfolges der GSoA hätte die gleiche Initiative heute wohl grössere Chancen auf Annahme. Als Fazit kann festgestellt werden, dass die Schweiz, ohne den Einfluss der massgebenden Presse, armeekritischer geworden zu sein scheint. Die Vorzeichen stehen allgemein gut für Militärinitiativen. In Europa wird gegenwärtig in einem Ausmass über Abrüstung verhandelt, wie man es sich früher nur träumen konnte. Auch bei uns hat sich das Klima zugunsten einer neuen SP-Abrüstungsinitiative gewandelt.

Kommerz regiert

Warum hatte die massgebende Presse keinen Einfluss auf das Zustande-

kommen des armeekritischeren Abstimmungsverhaltens der Schweizerinnen und Schweizer? Die Erklärung, welche die Untersuchung liefert, liegt in der zunehmenden Ablösung des Primats der Meinungsbildung durch das Primat der Wirtschaftlichkeit in der Presse. Die Berichterstattung ist zum Ausdruck eines ständig wachsenden kommerziellen Denkens geworden.

Diese Feststellung stützt die auf den ersten Blick überraschende Übereinstimmung in Berichterstattung und Erscheinungsbild der drei Zeitungen "TagesAnzeiger", "Der Bund" und "Berner Tagwacht". Ihre Berichterstattungen über die beiden Armee-Initiativen, die unterschiedlich stark sowohl von Anpassung an das Ideal der sogenannten Forumspresse als auch von politischem Engagement geprägt ist, widerspiegelt die grosse Bedeutung, die kommerzielle und politische Aspekte bei den drei Blättern haben. Je nach Zeitung sind aber die beiden Aspekte ungleich gewichtet. Bei der "Tagwacht" steht der politische sicher im Vordergrund. Sie hat aber aus dem Verschwinden mancher SP-Blätter die Lehre gezogen, dass eine Zeitung, die überleben will, sich auch verkaufen lassen muss. Ihre Anpassung an den Stil der Forumspresse, für die der oben beschriebene fragmentarische Journalismus charakteristisch ist, zeigt das gewachsene kommerzielle Bewusstsein. Beim "TagesAnzeiger", der das andere Extrem dieser drei Zeitungen darstellt, war das kommerzielle Motiv schon seit Beginn des Bestehens vorhanden. Daher war sein Stil darauf ausgerichtet, ein möglichst grosses Publikum anzusprechen.

Keine Regel ohne Ausnahmen. Von der Dreiergruppe heben sich links und rechts "WoZ" und "NZZ" deutlich ab. Jenseits von wirtschaftlichen Überlegungen, ergreifen sie politisch eindeutig Partei und erscheinen so wie Relikte aus der vergangenen Zeit

der Meinungspresse. Der Erfolg der beiden Zeitungen zeigt, dass politisches Profil auch heute noch seinen Platz haben könnte.

Steigert Wettbewerb die publizistische Qualität?

Sind neben dem Primat der Wirtschaftlichkeit noch weitere Faktoren bestimmend für die Erscheinung einer Zeitung? Wie sieht etwa die Berichterstattung von Zeitungen aus, die in einem wirtschaftlichen Konkurrenzkampf stehen? Die Untersuchung geht in einem letzten Teil der Frage nach, ob eine Monopolstellung oder eine Konkurrenzsituation Einfluss auf die Berichterstattung haben. Schenkt man den Bürgerlichen, die sich als beharrliche Kämpfer gegen das SRG-Monopol verdient gemacht haben, Glauben, führt Wettbewerb zu publizistischer Vielfalt. Der Vergleich der "Basler Zeitung" mit den Luzerner Konkurrenzzeitungen "Vaterland", "LNN" und "Luzerner Tagblatt", die in der ganzen Innerschweiz einen harten Kampf um Marktanteile austragen, widerlegt das liberale Kredo. Grosse Unterschiede in den Berichterstattungen der vier Zeitungen konnten nicht ausgemacht werden, vielmehr ist eine Einfalt in der Vielfalt festzustellen. Stattdessen wiesen "Basler Zeitung" und "LNN" eine Verwandtschaft in Inhalt, Form und Argumentation auf. Beide Zeitungen sind typische Vertreterinnen der angesprochenen Forumspresse, die sich primär an ein breites Publikum adressiert. Dadurch liefern sie ein Beispiel, dass der Wirtschaftlichkeitsfaktor in der heutigen Medienlandschaft die Berichterstattung weit stärker bestimmt, als das vielgescholtene Monopol bzw. die gelobte Konkurrenz. Zeitungsverlage sind Unternehmungen wie alle andern geworden, die den wirtschaftlichen Erfolg absolut prioritär anstreben.

Symbol einer besseren Arbeiterbewegung

Bernhard Degen: Krieg dem Kriege! Der Basler Friedenskongress der Sozialistischen Internationale von 1912. Herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei Basel-Stadt anlässlich ihres 100jährigen Bestehens. Mit einem Geleitwort von Bundesrat René Felber und einem Vorwort von Roland Stark, Präsident der Sozialdemokratischen Partei Basel-Stadt.

Basel (Z-Verlag) 1990, 142 Seiten, Fr. 17.80.

Am letzten November-Wochenende des Jahres 1912 standen Basel und seine Arbeiterorganisationen im Brennpunkt der europäischen Geschichte. Sozialistinnen und Sozialisten aller Länder berieten in der Burgvogtei, wie sie den drohenden Weltkrieg abwenden könnten. Ihre damals bekanntesten Persönlichkeiten – Jean Jaurès aus Frankreich, James Keir aus Grossbritannien, Victor Adler aus Österreich und andere – sprachen von der Kanzel des Münsters. Die Losung des Basler Kongresses, "Krieg dem Kriege", weckte im von Schlachten auf dem Balkan, Rivalitäten in den Kolonien, Rüstungsfieber und nationalistischer Hetze geschüttelten Europa heue Hoffnung. Zwanzig Monate später, im Sommer 1914, liess sich in den meisten Ländern auch die Sozialdemokratie von Regierungen und Militärs für ihre Kriegspolitik einspannen. Der Basler Friedenskongress blieb aber noch lange als Symbol einer